



Frauen der ersten Stunde Rheinland-pfälzische Landtags- politikerinnen 1946-1955

Die Mütter der Verfassung

„Unser Volk will arbeiten, es will wiedergutmachen, aber es will nicht zum Bettler werden, es will leben, es darf nicht verhungern. Wir sind zusammengetreten als eine verfassunggebende Landesversammlung. Für Gräber brauchen wir keine Verfassung, darum muß zuerst das Leben unserer Menschen wieder gesichert sein, wenn unsere Arbeit von heute überhaupt Sinn und Zukunft haben soll.“ Dieser flammende Appell stammt aus der Rede von Dr. Else Missong (CDP/CDU) in der ersten Sitzung der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946. Mit diesen Worten sprach sie vielen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern aus der Seele, die unter den Entbehrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu lei-

den hatten. Ganz anders dagegen die Reaktion des französischen Militärgouverneurs Hettier de Boislambert: Es hätte nicht viel gefehlt und Else Missong wäre inhaftiert worden. So weit kam es dann zwar doch nicht, aber gleichwohl war Else Missong nicht mehr unter den Mitgliedern der Beratenden Verfassung, die am 25. April 1947 über den Verfassungsentwurf abstimmten, der am 18. Mai 1947 den Bürgerinnen und Bürgern des neu geschaffenen „rhein-pfälzischen Landes“ zur Volksabstimmung vorgelegt werden sollte. Die promovierte Staatswissenschaftlerin hatte im Winter 1946/47 auf Druck ihrer Partei ihr Mandat vorzeitig niederlegt, womit sich die Zahl der weiblichen Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung nur noch auf sechs belief. Die kleineren Parteien LP, SV und KPD

Plenarsitzung,



CDU Fraktion während
einer Plenarsitzung
(1. Reihe mitte:
Frau Dr. Gantenberg)



Plenarsitzung
im wieder aufgebau-
ten Deutschhaus



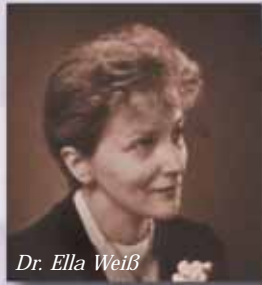
Mathilde Gantenberg und Helene Rothländer. Von den 127 Mandaten der Beratenden Landesversammlung hatten die Frauen gerade einmal fünf Prozent inne. Ein ganz anderes Missverhältnis prägte die gesellschaftliche Realität: Aufgrund der hohen Kriegsverluste und der großen Zahl an Kriegsgefangenen lässt sich die deutsche Nachkriegsgesellschaft als eine „männerlose Gesellschaft“ beschreiben. Auch in Rheinland-Pfalz ergab die Volkszählung des Jahres 1946 einen deutlichen Frauenüberschuss. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Geburtsjahrgängen 1906 bis 1926: In dieser Altersgruppe stellten die Frauen 63,7 Prozent der Bevölkerung. Doch nur eine einzige der Deputierten – Dr. Ella Weiß (geb. 1910) – gehörte der Generation der 20-40-Jährigen an. Alle anderen Frauen in der Beratenden Landesversammlung waren deutlich älter als sie: So trennte Weiß nahezu ein Vierteljahrhundert von der ältesten Deputierten Ulla Berghammer, die 1887 in Bad Tölz geboren worden war. „Gebürtige“ Rheinland-Pfälzerinnen waren nur Maria Detzel und Dr. Ella Weiß, alle anderen hatten aber schon vor dem Kriegsende aus familiären oder beruflichen Gründen ihre Heimat im

hatten keine einzige Frau zu den Verhandlungen im Koblenzer Stadttheater entsandt, während Maria Detzel und Dr. Ella Weiß die SPD vertraten. Die CDP/CDU hatte immerhin noch vier Frauen in ihren Reihen vorzuweisen: Ulla Berghammer, Josefina Doerner, Dr.

Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz gefunden. Alle hatten ihren beruflichen oder familiären Lebensmittelpunkt in einer kleinen oder größeren Stadt unse- res Landes. Offensichtlich gab es in den Städten mehr Anreize und Angebote für Frauen zur politischen Betätigung. Diese Beobachtung lässt sich durch den Ver- gleich mit den deutschen Stadtstaaten untermauern: Dort lag der Frauenanteil in den Parlamenten der Nachkriegszeit deutlich höher als in den Flächenstaaten. Politisches Engagement war diesen Frauen nicht fremd. Mit Ausnahme von Dr. Weiß, die zum Zeitpunkt der nation- alsozialistischen Machtergreifung mitten im Studium gewesen war, hatten sich alle späteren Mitglieder der Beratenden Landesversammlung schon in der Weimarer Republik politisch betätigt. Der Impuls dazu entsprang in der Regel den persönlichen und beruflichen Lebensumständen. Aber auch die Frauen- bewegung hat zur Politisierung dieser „älteren“ Politikerinnengeneration maß- geblich beigetragen. So fühlte sich z. B. Dr. Gantenberg in ihrem Wirken der Frauenrechtlerin und Zentrumsabgeord- neten Helene Weber verbunden. Mit Ausnahme von Dr. Ella Weiß, die erst nach dem 2. Weltkrieg in die SPD ein- trat, waren alle Frauen bereits vor 1933 parteipolitisch aktiv gewesen. Diese Bindungen überdauerten auch die Zeit der Diktatur und der politischen Entrechtung. Viele der späteren Landtagsabgeordneten beteiligten sich aktiv an der Wiedergründung der demo- kratischen Parteien, wie etwa Josefine Doerner, die zu den Gründungsmit- gliedern der CDP in der Provinz Rhein- land-Hessen-Nassau gehörte. Das politi- sche Leben im Nachkriegsdeutschland begann zunächst auf kommunaler Ebene. Mit Ulla Berghammer, Maria Detzel, Dr. Mathilde Gantenberg und Helene Rothländer kandidierten gleich

vier Frauen bei den Gemeindewahlen im September 1946, die schon kommuna- lpolitische Arbeit in der Weimarer Zeit geleistet hatten. Die beiden früheren Zentrumspolitikerinnen Dr. Else Missong und Helene Rothländer hatten zudem dem Reichstag bzw. dem Preußischen Landtag angehört.

Das Scheitern der Weimarer Republik stand allen Mitgliedern der Beratenden Landesversammlung noch deutlich vor Augen, als es darum ging, eine neue politische Ordnung zu finden. Manche der in Koblenz Versammelten hatten am eigenen Leib erfahren, wie das nation- alsozialistische Regime mit seinen Kriti- kern und Gegnern umging. Auch die Politikerinnen hatten unter dem Verlust des politischen Mandats, der Vernich- tung ihrer beruflichen Existenz, wenn nicht gar unter Verfolgung und Haft zu leiden gehabt. Für Frauen, die wie Maria Detzel (SPD) offen gegen die Verleihung der Koblenzer Ehrenbürgerwürde an Adolf Hitler aufgetreten waren oder wie die Zentrumsabgeordnete Dr. Else Peerenboom (verheiratete Missong) im Reichstag gegen das Ermächtigungs- gesetz gestimmt hatten, war kein Platz mehr im öffentlichen Leben der Jahre 1933 bis 1945 gewesen. Eingedenk der Erfahrungen von Krieg und Diktatur waren die wenigen nach Koblenz ent- sandten Frauen fest entschlossen, ihren Beitrag für einen demokratischen Neuanfang zu leisten. Diese Überzeu- gung verband sie über die Parteigrenzen hinweg und prägte ihren politischen Stil. Der Konsens aller Demokraten war für sie alles andere als eine bloße Leerformel. Trotz aller Unterschiede in Herkunft und Weltanschauung gab es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den Politi- kerinnen, so waren fünf der sieben Frauen ledig oder verwitwet. Und selbst für die beiden verheirateten (Missong, Berghammer) stellte sich die Frage nach



Dr. Ella Weiß



Dr. Else Missong
(Quelle: Archiv des Deutschen Caritasverbandes).



Dr. Mathilde Gantenberg



Maria Detzel



Carola Dauber



Dora Hennig



Elfriede Seppi



Dr. Ruth Fuehrer

der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik nur bedingt, da sie entweder keine Kinder hatten oder diese bereits erwachsen waren. Die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit war bei allen sehr deutlich ausgeprägt, häufig engagierten sie sich auch in überparteilichen Frauenverbänden. Als Beispiel sei hier nur Helene Rothländer genannt, die lange Jahre die Landessprecherin des Verbandes Katholischer Deutscher Lehrerinnen war.

Gleich drei der Frauen waren im Schuldienst tätig gewesen: Dr. Mathilde Gantenberg, Helene Rothländer und Dr. Ella Weiß. Dies kam nicht von ungefähr, denn die Verbesserung der schulischen und beruflichen Möglichkeiten für Mädchen und Frauen war eines der zentralen Anliegen der Frauenbewegung gewesen. Nahezu die Hälfte aller Frauen in der Beratenden Landesversammlung konnte ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen, was nur rund ein

Drittel ihrer männlichen Kollegen von sich behaupten konnte. Mit Ausnahme von Ulla Berghammer, die aufgrund ihrer familiären Situation keinen Beruf erlernen konnte, gingen alle Frauen einer Erwerbstätigkeit nach und leisteten insbesondere in der Schul- und Sozialverwaltung einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes.

Ebenso wichtig ist der Beitrag, den sie und ihre männlichen Kollegen für die demokratische Begründung unseres Landes geleistet haben. In gerade einmal sechs Monaten wurde die Verfassung für Rheinland-Pfalz erarbeitet. Wesentlichen Anteil daran hatte der Verfassungsausschuss, dem neben 13 Männern auch Helene Rothländer und Dr. Ella Weiß angehörten. Letztere stimmte zwar gegen die Verfassung, da die SPD das neu geschaffene Land für politisch nicht überlebensfähig hielt. Doch sollte uns dies nicht davon abhalten, allen „Müttern



Luise Herklotz



Helene Rothländer



Josefine Doerner



Lucie Kölsch



Susanne
Hermans-Hillesheim



Josefine Halein



Ulla Berghammer



Maria Wolf

unserer Verfassung“ ein ehrendes Ange-
denken zu bewahren.

Parlamentarischer Neuanfang

Die ersten Landtagswahlen am 18. Mai 1947 änderten nichts an der geschlechts-spezifischen Zusammensetzung des Parlaments: Wieder fanden sich unter den 101 Mitgliedern des Landtags gerade einmal vier Vertreterinnen der CDU und zwei der SPD. Im Laufe der Wahlperiode erhöhte sich ihre Zahl um zwei, darunter mit Josefine Halein erstmals auch eine Vertreterin der KPD. Von den Frauen der ersten Stunde blieben Doerner, Dr. Gantenberg, Rothländer und Dr. Weiß weiterhin in der Landes-politik aktiv. Neu im Kreis der Parla-mentarierinnen waren die evangelische Pfarrerin Dr. Ruth Führer (CDU), die Unternehmerin Elfriede Seppi (SPD), die Journalistin Luise Herklotz (SPD) und

die bereits genannte Josefine Halein, die seit dem Sommer 1945 bei der Stadt-verwaltung Mainz in der dortigen „Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte“ arbeitete. Mit Luise Herklotz (geb. 1918) hielt eine Vertreterin der Generation Einzug im Parlament, die das Kaiserreich nicht mehr bewusst erlebt hatte und in der Weimarer Republik aufgewachsen war. Zu dieser Generation gehörten auch Susanne Hermans (geb. Hillesheim) und Lucie Kölsch (beide Jahrgang 1919), die erstmals 1951 bzw. 1955 in den rhein-land-pfälzischen Landtag gewählt wur-den. Als Mütter von kleineren Kindern standen beide vor der Aufgabe, ihr poli-tisches Mandat mit der Familienarbeit zu verbinden.

Doch auch Beruf und Mandat ließen sich mitunter schwer miteinander verein-baren, wie das Beispiel von Dr. Ruth Führer belegt: Die evangelische Theo-login tat sich schwer mit den konfessio-

nellen Kräfteverhältnissen in ihrer Partei und hatte überdies den Eindruck, dass die Leitung der Evangelischen Landeskirche in der Pfalz ihrem politischem Engagement reserviert gegenüberstünde, weshalb sie 1949 von ihren politischen Ämtern zurücktrat. Dr. Mathilde Gantenberg wiederum musste sich am Ende der ersten Wahlperiode zwischen ihrem Mandat und ihrem Amt als Staatssekretärin im Ministerium für Unterricht und Kultus entscheiden, da aufgrund einer Gesetzesänderung beides nicht mehr miteinander vereinbar war. Sie gab schließlich dem Landtagsmandat den Vorzug vor ihrer Tätigkeit im Ministerium. Ebenso wie Luise Herklotz und Elfriede Seppi wechselte sie im Laufe der 3. Wahlperiode in den Deutschen Bundestag. Sehr viel abrupter endete die politische Karriere von Dr. Ella Weiß, die aus quellenmäßig nicht mehr eindeutig zu benennenden Gründen im Januar 1951 aus der SPD austrat und im darauf folgenden Mai aus dem Landtag auschied.

Aus den Wahlen zum zweiten rheinland-pfälzischen Landtag ging die CDU zwar erneut als stärkste politische Kraft hervor, aber die Zahl der Frauen innerhalb der CDU-Fraktion schmolz auf zwei zusammen. Neben Dr. Gantenberg hatte 1951 nur noch Susanne Hillesheim den Sprung ins rheinland-pfälzische Parlament geschafft. Begriffe wie Netzwerkbildung und Mentoring, die heute immer wieder fallen, wenn es gilt, junge Frauen für die Politik zu gewinnen, waren damals noch nicht geläufig. Gleichwohl war es für die erfahrene Landespolitikerin und ehemalige Staatssekretärin Gantenberg eine Selbstverständlichkeit, die Kandidatin der Jungen Union bei ihren ersten Schritten auf dem parlamentarischen Parkett zu unterstützen. Allerdings konnte niemand ahnen, dass Susanne Hermans dem rheinland-pfälzischen Landtag

acht Wahlperioden angehören und ihre politische Laufbahn im Parlament mit dem Amt der Landtagsvizepräsidentin beenden sollte. Mit Carola Dauber, eine der „Neuen“ (neben Dora Hennig und Maria Wolf) in den Reihen der SPD-Fraktion, sollte sie bald eine enge persönliche Freundschaft verbinden.

Politik von Frauen = Politik für Frauen?

Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Sicherlich lag den Frauen im Parlament die Situation ihrer Geschlechtsgenossinnen draußen im Lande am Herzen; immer wieder finden sich Anträge, mit denen gerade die Lebenssituation von Frauen verbessert werden sollte. So beantragte die SPD im Frühjahr 1949, ledige Frauen mit dem Erreichen des 50. Lebensjahres in die günstigere Steuerklasse II umzugruppieren. Damit sollte alleinstehenden Frauen zumindest der Aufbau einer kleinen Altersversorgung ermöglicht werden. Beide Rednerinnen zu diesem Tagesordnungspunkt, Dr. Ella Weiß und Josefina Halein, wiesen darauf hin, dass die



alleinstehende berufstätige Frau eine Massenerscheinung infolge „zweier männermordender Kriege“ geworden sei. Häufig ging es bei den Anträgen darum, kleinere Erleichterungen für die Frauen im Alltag zu erreichen, sei es nun die Einführung von Mutter- und Kindabteilen in der Bahn oder Vereinfachungen bei der Lebensmittelversorgung von berufstätigen bzw. schwangeren Frauen. Aber über den Schwierigkeiten, denen sich gerade Frauen in der Nachkriegszeit ausgesetzt sahen, vergaßen die Politikerinnen nicht die allgemeine Notlage. Gerade die Beratung des Sozialetats bot immer wieder Grund, um die Lage der Gesamtbevölkerung ins Bewusstsein zu rücken. Noch 1953 begann Carola Dauber ihre Rede mit den Worten: „Es gibt Zeitalter des Glücks, des Wohlstandes, und es gibt Zeitalter des Unglücks, der Not. In einem solchen Zeitalter des Kummers leben wir heute fast in aller Welt, insbesondere in Deutschland. Wir kommen nicht vorbei an den Leidenden und Unterdrückten, an den Bedrängten, kurzum allen Sozialschwachen, seien es Kinder oder Erwachsene.“ Seit der Beratenden Landesversammlung war die

Arbeit in den Ausschüssen, in denen soziale Fragen auf der Tagesordnung standen, eine Domäne der weiblichen Abgeordneten gewesen. Dies lässt sich keineswegs als Desinteresse der Politikerinnen an den so genannten „harten“ politischen Themenbereichen, wie etwa Haushalt und Finanzen oder Rechtspolitik deuten, vielmehr waren die Bereiche Wohlfahrt und Soziales, Jugendarbeit und Flüchtlingswesen in der Nachkriegszeit die Arbeitsgebiete mit dem größten Handlungsbedarf. Zudem konnten die Frauen gerade in diesen Bereichen ihre Erfahrungen aus dem Berufsleben und ihrem ehrenamtlichen Engagement einbringen.

Barrieren statt Karrieren

Die Möglichkeiten für Frauen, die Landespolitik aktiv mitzugestalten, nahmen im Laufe der nachfolgenden Legislaturperioden eher ab. Daran konnte auch das engagierte und couragierte Auftreten von Politikerinnen wie Susanne Hermans oder Lucie Kölsch zunächst nichts ändern. Die Verfestigung der politischen Strukturen in der Zeit des Wirtschaftswunders ging eindeutig zu Lasten der Frauen. Erst 1975 wurde die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Vergleich mit der Beratenden Landesversammlung leicht überschritten, wobei immer nur die beiden großen Volksparteien CDU und SPD Frauen in das Parlament entsandten. Der Einzug der GRÜNEN bewirkte auch in dieser Hinsicht große Veränderungen, denn mit Ausnahme der 11. Wahlperiode belief sich deren Frauenanteil immer um die 50 Prozent. Heute entfallen immerhin knapp 40 Prozent aller Sitze des rheinland-pfälzischen Landtags auf Frauen, darunter seit 1996 auch an Politikerinnen aus den Reihen der FDP-Fraktion. Von den Frauen der ersten Stunde erreichte



Dora Henning und Susi Hillesheim (spätere Hermans) mit den Kollegen des Petitionsausschusses (2. Wahlperiode)

Nr. 1030

Antrag

des Haushalts- und Finanzsausschusses zur Drucksache II/945 - betr.
Antrag der Fraktion der SPD zur Änderung des § 20 Abs. 1 des
Einkommensteuergesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Landesgesetz
zur Änderung des § 20 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes
vom 21. Februar 1939

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen,
das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der § 20 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG. 1939/1946) vom
21. Februar 1939, wird wie folgt geändert: In die Streifenklasse II fallen,
soweit sie nicht zur Streifenklasse III gehören,

1. die Arbeitnehmer, die verheiratet sind,
2. unverheiratete politische Arbeitnehmer, die das 21. Lebensjahr
vollendet haben, und weibliche ledige Arbeitnehmer bei Vollendung
des 21. Lebensjahres.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Koblenz, den 1949.

Der Ministerräsident.

Koblenz, den 21. Mai 1949.

ges. Dr. Duden,
Vorsitzender.

**Weiterführende Literatur in
Auswahl:**

Hedwig Brüchert, Rheinland-Pfälzerinnen. Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 23), Mainz 2001.

Susanne Sander, Karrieren und Barrieren. Landtagspolitikerinnen der BRD in der Nachkriegszeit von 1946 bis 1960, Königstein/Taunus 2004.

Markus Schäfer, Datenhandbuch zur Geschichte des Landtags Rheinland-Pfalz 1947-2003 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 26), Mainz 2005.

Bildnachweise:

Archiv des Landtags Rheinland-Pfalz

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.*

keine der Frauen jemals einen Ministeressel in Rheinland-Pfalz. Dies sollte erst Dr. Hanna-Renate Laurien 1976 gelingen. Aber gut ein Viertel der weiblichen Abgeordneten der Jahre 1945-1955 schaffte den Karrieresprung in den Bundestag. Luise Herklotz wurde 1979 in das erste Europäische Parlament gewählt. Somit sind auch im rheinland-pfälzischen Landtag die Frauen von der „Rarität zur Normalität“ geworden – so noch jüngst der Titel eines Beitrags in einer politischen Wochenzeitung zum Schwerpunktthema Frauen.

**Autorin:
Dr. Monika Storm**

